

Was heißt Austerität?

INFO

Austeritätspolitik könnte mit staatlicher Kürzungspolitik in Krisenzeiten übersetzt werden. Dahinter steht die Vorstellung, dass zu hohe Staatsschulden für eine aktuelle Krise verantwortlich seien. Um diese zu bekämpfen müsse der Staat weniger Schulden machen, indem er weniger Geld ausgibt. Austerität schaffe Vertrauen und Sorge dafür, dass Unternehmen in diesem Land wieder mehr investieren. Das soll zudem durch die Senkung von Löhnen, die Befristung von Arbeitsverhältnissen und ähnliches gefördert werden. So komme es zu einem wirtschaftlichen Aufschwung, der am Ende – wann und unter welchen sozialen Begleiterscheinungen auch immer – auch wieder Steuergeld in die Staatskasse bringe.

In der Europäischen Union haben sich in der jüngsten Krise verstärkt politische Kräfte durchgesetzt, die auf Austerität setzen. Sie haben die Eurokrise als Staatsschuldenkrise einiger Länder interpretiert. Dementsprechend wurde die Vergabe von Hilfskrediten an die Krisenländer (durch den europäischen Rettungsschirm ESM) an Verpflichtungen der Regierungen zu Austeritätspolitik geknüpft. Zentraler Bestandteil dieser Programme sind die Kürzung staatlicher Ausgaben, etwa im Gesundheitsbereich oder bei den Renten, die Privatisierung von öffentlichem Eigentum sowie die Lohnkürzungen, die Erleichterung von Entlassungen und die Befristung von Arbeitsverhältnissen. Ausgearbeitet und überwacht wurden diese Programme durch die »Institutionen« bzw. die sogenannte »Troika« aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds.

Das zentrale wirtschaftliche Argument gegen Austeritätspolitik ist, dass die Reduzierung der staatlichen Ausgaben in einer Krise zusätzlich die Nachfrage bremst. Wenn Angestellte des Staates weniger Lohn bekommen oder entlassen werden, können sie weniger einkaufen. Wenn der Staat keine Straßen mehr baut, gibt es weniger Aufträge für Baufirmen, die dann auch Arbeitskräfte entlassen müssen. Wenn Löhne gekürzt werden und immer mehr Menschen arbeitslos sind, kann sich die Bevölkerung weniger leisten. In der Folge machen die Hersteller und der Handel weniger Geschäfte und müssen ebenfalls Beschäftigte entlassen. So entsteht ein Teufelskreis aus fehlender Nachfrage und immer höherer Arbeitslosigkeit.

Zugleich nimmt der Staat immer weniger Steuern ein. Weniger Konsum bedeutet weniger Mehrwertsteuer. Arbeitslosigkeit und Lohnkürzungen bedeuten weniger Lohnsteuer und schlechte Geschäfte bringen schließlich weniger Steuern von Unternehmen ein. Das führt dazu, dass der Staat zwar Ausgaben kürzt, aber am Ende sogar mehr Schulden macht als vorher. Denn er muss mehr Arbeitslose unterstützen und nimmt zugleich immer weniger Steuern ein. So haben sich die Staatsschulden in allen Ländern erhöht, die sich im Zuge der Eurokrise zu einem Sparprogramm unter der Aufsicht der »Troika« verpflichten mussten. Zudem sind Arbeitslosigkeit und Armut, enorm gestiegen.

Die Alternative zur Austeritätspolitik besteht darin, die Wirtschaft in Krisenzeiten mit staatlichen Investitionsprogrammen wieder in Gang zu bringen. Die zentralen Argumente dafür hat John Maynard Keynes in der Wirtschaftskrise der 1930er Jahre entwickelt. Damals wurde offensichtlich, dass die Kürzungspolitik insbesondere in Deutschland die Situation nur verschlimmert hatte. Laut Keynes muss der Staat in der Krise Geld ausgeben, auch wenn er sich dafür weiter verschulden muss (deficit spending). Sparen kann er in den Zeiten, in denen es wieder zu einem wirtschaftlichen Aufschwung kommt.

Im Übrigen kann niemand genau sagen, wann die Schulden eines Staates zu hoch sind. Letztlich ist das der Fall, Investoren (hauptsächlich Banken) keine Kredite mehr bewilligen, weil sie bezweifeln, dass das Land die Schulden zurückzahlen kann. Hinweise darauf gibt das Verhältnis der Staatsschulden zur Wirtschaftskraft eines Landes (die Schuldenquote). Aber auch andere Faktoren spielen eine Rolle. So haben Japan oder die USA eine höhere Schuldenquote als mancher Krisenstaat in Europa, ohne dass sie deshalb in eine Krise geraten wären.